



Protokollauszug zum STADTTEILAUSSCHUSS HOHENECK

am Dienstag, 17.04.2018, 18:00 Uhr, Evangelisches Gemeindehaus
Wilhelm-Nagel-Straße 59
71642 Ludwigsburg-Hoheneck

ÖFFENTLICH

TOP 1 **Anschlussunterbringung für Geflüchtete in
Ludwigsburg**
- **Unterbringungskonzept**
- **Aktueller Stand**
- **mündlicher Bericht**

Beratungsverlauf:

Herr **Henning** (Fachbereich Bürgerschaftliches Engagement) erläutert anhand einer Präsentation, die dem Protokoll als Anlage beigelegt ist, die aktuelle Situation bei der Anschlussunterbringung von Geflüchteten in Ludwigsburg. Dabei geht er auf die Begriffe und Verfahren, die Zahlen und Daten, die geplanten Maßnahmen in den Jahren 2018 und 2019 sowie auf stadtteilbezogene Informationen ein. Auf das Unterbringungskonzept der Stadt Ludwigsburg Bezug nehmend sagt Herr Henning, dass die Anschlussunterbringung dezentral und an integrierten Standorten erfolge. Alle Stadtteile und die Innenstadt werden angemessen daran einbezogen. Da das Angebot an Wohnungen nicht reiche, werden auch kleine Sammelunterkünfte gebraucht. Hierfür werden jedoch keine Container oder Hallen belegt. Für Sammelunterkünfte gelten folgende grundsätzliche Voraussetzungen:

- a) eine sinnvolle wirtschaftliche Nachnutzung,
- b) möglichst wenig Wohnbauland,
- c) in der Regel dürfe die Platzzahl von 60 nicht überschritten werden (maximal 90).

In Hoheneck seien derzeit 70 Geflüchtete an insgesamt 10 Standorten untergebracht. Davon seien 39 in vorläufiger Unterbringung, 27 in Anschlussunterbringung sowie 4 unbegleitete Minderjährige. Im Laufe des Jahres werde die Stadt eine bislang vom Landkreis genutzte Unterkunft mit 12 Plätzen übernehmen und diese für die Anschlussunterbringung nutzen.

EBM **Seigfried** fügt hinzu, dass die Stadtverwaltung auch den Bau einer neuen Unterbringung mit 60 Plätzen in Hoheneck beabsichtige. Der hierfür ursprünglich geplante Standort auf dem Bolzplatz sei jedoch auf Kritik gestoßen. Bei einer Bürgerversammlung seien von den anwesenden Bürgerinnen und Bürger rund 60 Vorschläge für die Unterbringung von Geflüchteten in Hoheneck gemacht worden, die 30 Standortvorschläge ergeben hätten. Eine anschließende Prüfung habe ergeben, dass maximal 3 bis 5 der vorgeschlagenen Standorte tatsächlich in Fragen kämen. Nun müssen Grundstücksverhandlungen geführt und weitere Behörden, die Träger öffentlicher Belange seien, beteiligt werden. In 4 bis 6 Wochen sollen dem Gemeinderat und dem Stadtteilausschuss die Alternativstandorte vorgestellt werden.

Verteiler: DII, FB 17, FB 32, WBL

- Landesgartenschau
 - Anschlussunterbringung für Geflüchtete in Hoheneck
 - Neckaranlände und Uferwiesen II
 - Blendschutz an der neuen Schulturnhalle
-

Beratungsverlauf:Landesgartenschau

Die Stadtteile sollen über den Grünen Ring an die Flächen der Landesgartenschau angeschlossen werden. Diese Flächen werden wiederum den Grünen Ring – und somit auch die Stadtteile – mit der Innenstadt verbinden. Die „grüne“ Anbindung von Hoheneck an die Innenstadt und die Landesgartenschau soll über den Heilbadweg, den Hungerberg zum Favoritepark und über den neuen Stadtboulevard zwischen Schloss und Innenstadt (Schlossstraße / B27) erfolgen. Im Ausstellungskonzept für das Durchführungsjahr der Landesgartenschau sind sogenannte „Satellitenprojekte“ enthalten. Das sind Projekte, die sich in Planung bzw. in Umsetzung befinden oder bereits umgesetzt wurden. Direkt bei Hoheneck liegen die „Satellitenprojekte“ Uferwiesen, Heilbadweg, Hungerberg und Favoritepark. Die Stadtteile werden im Rahmen der sogenannten Prozessgartenschau beteiligt. Hier sollen die Maßnahmen zur Erreichung der Ziele aus der Machbarkeitsstudie beginnend im Jahre 2018 bis hin zum Gartenschaujahr umgesetzt werden. Konkret sollen die Bürger mit Beteiligungsveranstaltungen, wie zum Beispiel regelmäßig stattfindenden Bürgerspaziergängen, in die Entwicklungen vor Ort eingebunden werden. Unter Einsatz von digitalen Medien, z. B. in Informationspavillons auf dem Marktplatz und an der B 27, soll über den aktuellen Stand der geplanten Maßnahmen aktuell berichtet werden.

EBM **Seigfried** informiert, dass demnächst eine Ortsbegehung durch die Bewertungskommission geplant sei. Die Entscheidung darüber, welche Städte die Landesgartenschauen in den Jahren 2026 bis 2030 austragen dürfen, soll bis Juli 2018 fallen.

Mitglied **Willner**, möchte wissen, ob die Landesgartenschau zugleich eine Chance für die Stadtentwicklung biete.

Frau **Schmidtgen** (Fachbereich Tiefbau und Grünflächen) erklärt, dass in das Konzept für die Ludwigsburger Landesgartenschau bereits bestehende Konzepte, wie das Freiflächenentwicklungskonzept, das Klimaanpassungs- oder das Radroutenkonzept einfließen werden. Ein wesentliches Ziel sei dabei, die Stadtteile über eine Aneinanderreihung von Grünanlagen, Parks und Alleen an die Innenstadt anzubinden. Dieser Grüne Ring soll mehr Aufenthalts- und Lebensqualität bringen und so auch Anreize schaffen, mit dem Rad in die Stadt zu fahren. Um dieses Ziel zu erreichen, sollen beispielsweise Flächen entsiegelt oder neubegrünt werden, vorhandene Anlagen umgestaltet sowie Dächer und Fassaden begrünt werden. Somit könne die Landesgartenschau für die Umsetzung von a) mehr Grün in der Stadt und einer besseren Grünvernetzung, b) für Klimaanpassungsmaßnahmen und c) für ein nachhaltiges Mobilitätskonzept effektiv genutzt werden.

Verteiler: DIII, FB 67, FB 61, Ref NSE

- Landesgartenschau
 - Anschlussunterbringung für Geflüchtete in Hoheneck
 - Neckaranlände und Uferwiesen II
 - Blendschutz an der neuen Schulturnhalle
-

Neckaranlände und Uferwiesen II

Die in der Sitzung des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt am 15.03.2018 beschlossene Vergabe der Bauarbeiten wurde mit Beschluss des Gemeinderats am 21.03.2018 abgesetzt. Für diese Maßnahme sind umfangreiche Fördermittel beantragt worden. Ein Baubeginn vor der Förderzusage ist förderschädlich. Die Gesamtmaßnahme wurde in zwei Bauabschnitten geteilt. Die Vergabe betrifft den ersten Bauabschnitt mit dem Umbau der Anlagestelle und der Aufwertung der Allee zwischen Uferstraße und Anlagestelle. Der zweite Bauabschnitt wird, abhängig von einer möglichen Förderung nach den Förderrichtlinien Wasserwirtschaft (FrWW), voraussichtlich im Winterhalbjahr 2018 / 2019 realisiert.

Mitglied **Reinhardt** würde es begrüßen, wenn die Stadtverwaltung weitere Anlege-Alternativen für Flusskreuzfahrtschiffe auf dem Neckar prüft. Schließlich nehme die Zahl der Flusskreuzfahrten kontinuierlich zu. Dadurch biete sich für Ludwigsburg eine Chance zur touristischen Weiterentwicklung.

Mitglied **Zeltwanger** spricht sich ebenfalls für die Prüfung von Anlege-Alternativen aus. Seiner Meinung nach sei die Neckaranlände ein sehr schöner Platz, der touristische Qualitäten vorweise und auch barrierefrei sei. Hier gelte es, gestalterisch tätig zu werden, um eine Aufwertung als Natur- und Naherholungsgebiet zu erreichen.

Frau **Schmidtgen** versichert, dass Ziel der Verwaltung die gestalterische Aufwertung des gesamten Neckarufers im Stadtgebiet sei. In Bezug auf die Kreuzfahrtschiffe erläutert sie, dass die Anlagestelle am anderen Neckarufer, die nicht mehr für den Güterumschlag benötigt werde, als Alternativlösung in der Diskussion sei. Die langen Schiffe würden sonst die Bucht verdecken. Am Hohenecker Ufer müsste die Verankerung aufgrund der großen Kräfte, die auf den Anleger wirken, aufwendiger gestaltet werden. Dies sei nur mit hohem finanziellem Aufwand möglich. Außerdem laufe der Genehmigungszeitraum für die Förderung demnächst aus. Aktuell dulde das Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt Stuttgart im Bereich Uferwiesen übergangsmäßig ein Anlegen von Schiffen für maximal 4 Stunden und nur tagsüber bis eine dauerhafte Lösung abgestimmt und umgesetzt werde.

Mitglied **Hoffmann** möchte wissen, wo die Teile der alten Liegehalle des Heilbades nach ihrem Abbau hingekommen sind.

Frau **Schmidtgen** informiert, dass sie sich auf dem Gelände des Schwimmvereins Ludwigsburg 08 e.V. im Freibad Hoheneck befänden.

Verteiler: DIII, FB 67

Blendschutz an der neuen Schulturnhalle

Der Fachbereich Hochbau und Gebäudewirtschaft hat das Anbringen des Blendschutzes an der neuen Schulturnhalle beauftragt. Eine Bemusterung hat ebenfalls stattgefunden.

TOP 2**Beratungspunkte des Stadtteilausschusses Hoheneck**

Vorl.Nr. 110/18

- Landesgartenschau
 - Anschlussunterbringung für Geflüchtete in Hoheneck
 - Neckaranlände und Uferwiesen II
 - Blendschutz an der neuen Schulturnhalle
-

Die Schulleitung ist daran beteiligt gewesen. Die Stadt wird die Kosten für den Blendschutz zunächst vorschießen. Die endgültige Kostenübernahme erfolgt durch den Generalunternehmer.

Verteiler: DIII, FB 65

TOP 3**Bau Treppe Ebelstraße / Hartstraße
- mündlicher Bericht****Beratungsverlauf:**

Die Treppe Ebelstraße / Hartstraße ist im Bebauungsplan vorgesehen und soll der besseren fußläufigen Erreichbarkeit der Bushaltestelle Ludwigsburger Straße dienen. Der Treppenbau ist noch in diesem Jahr vorgesehen. Die Bauzeit wird voraussichtlich vier Wochen betragen.

Verteiler: FB 67

TOP 4**Verschiedenes****Beratungsverlauf:**Einrichtung neuer Stadtteilausschüssen für die West- und Oststadt

EBM **Seigfried** informiert, dass für die Bezirke Weststadt und Oststadt jeweils neue Stadtteilausschüsse eingerichtet werden, weil dort ein akuter Handlungsbedarf bestehe. So erfahre die Weststadt als Bezirk mit Wohnsiedlungen und Gewerbeflächen einen infrastrukturellen Transformationsprozess von hoher Dynamik. Beispiele hierfür seien unter anderem die Ansiedlung des Porsche Digital Campus, die städtebauliche Entwicklung des ehemaligen BayWa-Areals, die Gestaltung des Bildungszentrums West, aber auch die Umsiedlung der Kleingartenanlagen. Die Oststadt als einwohnerstärkster Stadtteil Ludwigsburgs stehe ebenfalls vor aktuellen infrastrukturellen Entwicklungen wie beispielsweise im „Entwicklungsbereich Ost / Obweil“, beim Umgang mit anstehenden Sanierungsbedarfen im südlichen Stadionquartier oder mit der Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung. Die Richtlinien für die Bildung von Stadtteilausschüssen vom 18.12.1997 seien dahingehend geändert worden, dass künftig dem Stadtteilausschuss Eglosheim die Stadtviertel Reuteallee und Hochschulen und dem Stadtteilausschuss Hoheneck das Stadtviertel Reichertshalde offiziell zugeordnet werden.

Die Stadtteilausschüsse sollen weiterhin aus dem Oberbürgermeister oder einem Bürgermeister als Vertreter im Amt (als Vorsitzenden) bestehen sowie wählbaren Bürgern, die ihren Hauptwohnsitz in den Stadtteilen oder in einem der genannten Stadtviertel haben.

EBM Seigfried informiert zudem, dass ein Beschluss zu den Stadtteilbeauftragten noch nicht herbeigeführt wurde. Die Verwaltung möchte zunächst für die Stadtteile, in denen das Aufgabenfeld „STEP“ (Stadtteilentwicklungspläne) und/oder das Aufgabenfeld „Sozialer Zusammenhalt“ aktuell ohne Kapazität sei, jeweils einen/e Verantwortlichen/e benennen. Die zuständige Person soll aus dem Bestand der bereits vorhandenen Stadtteilbeauftragten bestimmt werden und jeweils einen Teil der anfallenden Aufgaben übernehmen. Auch für die beiden neuen Stadtteile sollen Stadtteilbeauftragte benannt werden. Die entsprechende Beschlussvorlage werde in den nächsten Wochen dahingehend ergänzt und erneut zur Beratung und Beschlussfassung gebracht. Mit dem Stellenplan 2018 habe der Gemeinderat zwei weitere Stellen für Stadtteilbeauftragte freigegeben. Die Erfahrung der zurückliegenden Jahre habe gezeigt, dass Prozesse in den Stadtteilen dort besonders erfolgreich seien, wo es Verantwortliche für den STEP-Prozess und auch Ansprechpartner im sozialen Feld gebe, die soziale Potenziale vor Ort aktivieren, lokale Initiativen anregen und bürgerschaftliches Engagement fördern. Eine genaue Aufgabenverteilung zwischen beiden Personen bzw. deren Funktionen könne in jedem Stadtteil entsprechend den örtlichen Gegebenheiten und den beteiligten Personen vorgenommen werden.

Verteiler: DI, DII, DIII, GSGR, FB 17, FB 60

Gestaltung des Freiraums im Eingangsbereich der Grundschule

Mitglied **Zeltwanger** bemerkt, dass sich durch den Abbruch der alten Schulturnhalle und dem damit gewonnenen Freiraum im Eingangsbereich der Grundschule neue Potenziale für den Außenbereich ergeben. Er möchte wissen, ob es hierzu konkrete Planungen gibt und wann diese umgesetzt werden sollen.

Frau **Schmidtgen** sagt, dass diesbezüglich bereits Gespräche geführt wurden. Daran beteiligt haben sich die Schulleitung sowie die Fachbereiche Gesundheit und Sport sowie Tiefbau und Grünflächen der Stadtverwaltung. Es habe in der Vergangenheit angrenzend an das Grundschulgelände einen asphaltierten öffentlichen Bolzplatz mit Toren und Basketballkörben sowie eine Weitsprunggrube ohne spezielle Anlauffläche gegeben. Durch den Neubau der Turnhalle sei der Bolzplatz verloren gegangen. Die mit dem Abbruch der alten Turnhalle entstandene Fläche sollte aufgrund des Kostendrucks als einfache Asphaltfläche wiederhergestellt werden. Ein neuer Bolzplatz sei nicht vorgesehen. Eine ursprünglich auf dieser Fläche geplante einfache Weitsprunggrube sei aus gestalterischen Gründen abgelehnt worden und soll auf dem eigentlichen Schulhof untergebracht werden. Als mögliche Ausstattung für die neu entstandene Fläche im Außenbereich seien mobile Fußballtore, ein Basketballkorb mit Ballfangzaun und eine Tischtennisplatte vorgeschlagen worden. Diese sollen voraussichtlich in den Sommerferien installiert werden.

Verteiler: DII, FB 48, FB 55, FB 67

Elternhalt in der Ostertagstraße

Aus der Mitte des Stadtteilausschusses kommt die Meldung, dass es in der Ostertagstraße durch das Anhalten von Eltern, die ihre Kinder mit dem Auto zur Schule bringen, regelmäßig zu chaotischen und gefährlichen Situationen komme. Die Autofahrer würden dabei oft die sich durch die Fahrzeuge schlängelnden Kinder übersehen.

Nach Aussage von Frau **Schmidtgen** sollte das Ziel sein, den Verkehr ganz aus der Ostertagstraße heraus zu halten. Dies sei allerdings nur mit baulichen Mitteln möglich. Für eine Schranke müsste eine Teilentwidmung der Ostertagstraße erfolgen.

Zu bedenken sei hier auch, dass die Erschließung der privaten Grundstücke in der Ostertagstraße ebenfalls gewährleistet sein müsse. Eine Schrankenanlage sei technisch nicht problematisch, aber die Wartung sei aufwändig und die Nutzungsansprüche der privaten Anlieger (Lieferservice, Post usw.) müsste gewährleistet werden. Der Fachbereich Sicherheit und Ordnung der Stadtverwaltung sei angehalten worden, verstärkt in diesem Bereich zu kontrollieren, insbesondere zu Zeiten, in denen Hochbetrieb herrsche.

Verteiler: DII, FB 32, FB 67